

II-12386 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR JUSTIZ

7424/1-Pr 1/90

5857/AB

1990 -08- 31

zu 6017 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 6017/J-NR/1990

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat  
Srb und Freunde (6017/J), betreffend die Behandlung von  
blinden Personen durch das Notariatsaktsgesetz, beantworte  
ich wie folgt:

Zu 1 und 2:

Nach § 1 Abs 1 Buchst e NotariatsaktsG ist zur Gültigkeit  
aller Urkunden über Rechtsgeschäfte unter Lebenden, die von  
Blinden errichtet werden, die Aufnahme eines Notariatsakts  
erforderlich, sofern der Blinde das Rechtsgeschäft in  
eigener Person abschließt.

Es ist daher nicht richtig, daß blinde Personen sämtliche  
Rechtsgeschäfte mit Hilfe eines Notariatsakts schließen  
müssen, sondern nur solche, über die Urkunden errichtet  
werden. Zweck der Notariatsaktspflicht ist in diesem Fall  
der Schutz des Blinden vor Übervorteilung. Die in der  
schriftlichen Anfrage offenbar als möglicher Ersatz für die  
Errichtung eines Notariatsakts angesehene alleinige Bei-  
ziehung von (privaten) Vertrauenspersonen würde meiner An-  
sicht nach keinen ausreichenden Schutz bieten, da solche  
Vertrauenspersonen den Notar als rechtskundige, vom Staat  
bestellte öffentliche Urkundsperson nicht ersetzen können.

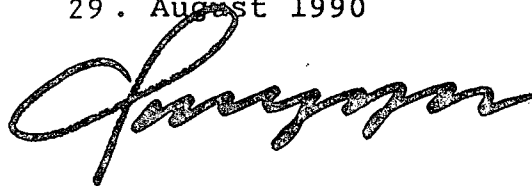
- 2 -

Daran ändert auch das im Jahr 1979 geschaffene Konsumentenschutzgesetz nichts, da dieses andere Regelungszwecke verfolgt als den Schutz körperlich behinderter Personen bei der Errichtung von schriftlichen Urkunden.

Daß der Arbeitgeber eine Kopie aller Notariatsakte erhalte, wie dies in der schriftlichen Anfrage behauptet wird, ist mir nicht bekannt. Eine solche Vorgangsweise würde auch grundsätzlich gegen die im § 37 NO verankerte Verschwiegenheitspflicht des Notars verstoßen, sofern nicht der Arbeitgeber selbst am Rechtsgeschäft beteiligt ist oder der Notar vom Blinden von seiner Verschwiegenheitspflicht entbunden wird.

Aus den angeführten Gründen halte ich daher eine Beseitigung der Notariatsaktspflicht für die im § 1 Abs 1 Buchst e NotariatsaktsG genannten Urkunden im Interesse der Blinden für nicht zweckmäßig.

29. August 1990

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'F. J. ...', written in a cursive style.